



„Interesse geweckt“



Eine Schulklasse vor dem Landtag

Die Eindrücke von Schülern, die bei der Wahl des Landeshauptmanns zugeschaut haben. Die Besucherstatistik 2013.

Es war viel interessanter als erwartet“, meinten die Schüler der 5B-EU der Bozner Wirtschaftsfachoberschule Kunter, die in Begleitung von Prof. Bernharts den Landtag besucht und dabei zwei wichtige Sitzungen miterlebt hat: jene Anfang Jänner, in denen Landeshauptmann Kompatscher und die Landesregierung gewählt wurden. Die Wahl letzterer klappt bekanntlich wegen technischer Pannen erst im zweiten Anlauf, aber das war für die Schülerinnen und Schüler nicht das einzige interessante Detail. Sie konnten miterleben, dass es in der Politik wie im Leben verschiedene Positionen gibt, dass diskutiert wird, aber letztlich auch entschieden.

„Selbst die besonders skeptischen Maturanten waren überrascht“, berichten die Schüler auf der Internetseite der Schule. Auch bei

Schülern, die sich sonst nicht für Politik interessieren, „wurde das Interesse für das Tagesgeschehen in unserer Heimat geweckt“. Ihr Fazit: „Möglicherweise verändert ein Besuch im Landtag bzw. die eingehendere Beschäftigung mit dem Gegenstand Politik die Einstellung zu diesem Thema. Einen Versuch wäre es wert. Es ist auf jeden Fall wünschenswert, dass sich mehr junge Menschen in diesem Bereich engagieren. Sie können sich so eigenständige Meinungen bilden und damit aktiv die Zukunft unseres Landes mitgestalten.“

Im vergangenen Jahr haben 3020 Personen, 90 Prozent davon Schüler, an den Besuchsprogrammen des Landtags teilgenommen. 1.127 (37%) Besucher waren Oberschüler, 918 davon aus den deutschen, 174 aus den italienischen Oberschulen. 495 kamen von den Berufsschulen, 483 von den Mittel- und 339 von den Grundschulen, 300 waren Studenten aus dem Ausland. Auf Interesse stoßen auch die Seminare für Lehrpersonen, die auch als Vorbereitung für die Klassenbesuche gedacht sind. ■

Korrektiv

Landtagspräsident Widmann zum Ausgang der Volksabstimmung

Ich finde es schade, dass dieses inhaltlich ausgewogene Gesetz zur Bürgerbeteiligung gescheitert ist“, erklärte Landtagspräsident Thomas Widmann in seiner Stellungnahme zur Volksabstimmung Anfang Februar, „allerdings zeigen gerade dieser Ausgang und die geringe Wahlbeteiligung auf wesentliche Schwachstellen der direkten Demokratie hin: Es kann nämlich passieren, dass stark motivierte Minderheiten der Mehrheit ihren Willen aufzwingen.“

Bei der Volksabstimmung haben sich 65 Prozent gegen das neue Gesetz zur Bürgerbeteiligung ausgesprochen. Dieses hätte einerseits das Beteiligungsquorum abgeschafft, andererseits 26.000 (auch digitale) Unterschriften für die Beantragung eines Referendums verlangt. Bei der Volksabstimmung im Februar war auch kein Quorum vorgesehen, somit ist die Entscheidung gültig, auch wenn sich nur 26 Prozent der Wahlberechtigten daran beteiligt haben.

„Für mich bleibt es dabei, dass im Landtag die Gesamtheit der Bevölkerung und ihre Interessen besser und ausgewogener vertreten sind, wobei die Gesetzgebung durchaus verbesserungsfähig ist, während die direkte Demokratie nur in bestimmten Fällen als Korrektiv sinnvoll ist“, meinte Widmann. „Sicher hat auch die repräsentative Demokratie ihre Schwachstellen, aber sie ist nicht an Schwarz-Weiß-Schablonen gebunden und muss nicht nach dem „Entweder-Oder“-Prinzip entscheiden, sondern kann zu akzeptablen Kompromissen kommen, ohne dass der Sieger alles und der Verlierer nichts bekommt.“ ■

Autonomie und „Privilegien“

Die Teilnehmer an der Winter School mit den Abgeordneten



Teilnehmer der „Winter School on Federalism and Governance“ diskutieren mit den Landtagsabgeordneten

Die „Winter School on Federalism and Governance“ ist eine gemeinsam von der Eurac und der Universität Innsbruck getragene postgraduale Ausbildung mit dem Ziel, aktuelle Erkenntnisse der Föderalismusforschung und –praxis zu vermitteln. Ein kleiner Teil der Ausbildung fand heuer wieder im Sitzungssaal des Landtags statt, wo Landtagspräsident Thomas Widmann die 29 Teilnehmer aus 20 Ländern zu einem Gespräch mit den Abgeordneten einlud.

Die Abgeordneten gingen in ihren einleitenden Statements auf verschiedene Aspekte der Autonomie ein, die für sie wesentlich sind, so etwa auf die internationale Veran-

kerung (Widmann), die Beispiel-funktion für den Schutz anderer Minderheiten (Veronika Stirner Brantsch) sowie des ländlichen Raums (Maria Hochgruber Kuenzer), den Ausbau der Zuständigkeiten z.B. für die Schule (Magdalena Amhof), den Wunsch nach Selbstbestimmung (Bernhard Zimmerhofer) bzw. nach einem Freistaat (Pius Leitner), die Notwendigkeit, sich ständig vor autonomiefeindlichen Tendenzen beweisen zu müssen (Roberto Bizzo), die Nutzung der Autonomie zum Schutz der Umwelt und vor Globalisierung (Hans Heiss), den Schutz der italienischen Minderheit vor Ort und die Überwindung der Sprachgruppentrennung (Alessandro Urzi) sowie ein föderalistisches Italien und ein Europa der Regionen (Paul Köllensperger).

Während ausländische Kursteilnehmer, darunter auch aus Ländern mit Minderheiten, vor allem Interesse an der Mehrsprachigkeit

und am eventuellen Modellcharakter für andere Minderheiten zeigten, legten Teilnehmer aus anderen italienischen Regionen den Akzent auf die derzeit in Italien diskutierten „Privilegien der Sonderautonomien“. Die Antwort der Abgeordneten reichte von der Notwendigkeit des Minderheitenschutzes, der von der Verfassung vorgegeben sei, bis zu den 1,5 Mrd. Euro, auf die Südtirol bereits verzichte – pro Kopf mehr, als die Lombardei zu den Staatsfinanzen beitrage. Thomas Widmann verwies auf das Beispiel der vom Staat übernommenen Bahndienste und Straßenverwaltung, wo das Land mit weniger Geld mehr bietet: „Südtirol wird Italien nicht retten können, und die anderen Regionen hätten nichts davon, wenn man uns ein Drittel unseres Budgets nimmt; Italien könnte eher daran verdienen, wenn es sich an unserer Verwaltung ein Beispiel nimmt.“ ■

Rücksicht auf kleine Parteien

Parteiübergreifender Antrag zur Finanzierung regionaler Parteien

Mit einem fraktionsübergreifenden Begehrensantrag fordert der Landtag die italienische Regierung und das Parlament auf, bei der Reform der Parteienfinanzierung die besondere Situation der regionalen Parteien zu be-

rücksichtigen. Auch diese sollten in den Genuss der von der Steuer absetzbaren Spenden (2 Promille) kommen und kostengünstigere Formen der Rechnungsprüfung beanspruchen können. Problematisch an der in Rom anstehenden Reform ist vor allem die Bestimmung, dass eine Spende nicht 5 Prozent des Parteibudgets überschreiten darf - vor allem kleinere Parteien werden hauptsächlich

durch Spenden ihrer Mandatare finanziert, die diese Grenze leicht überschreiten. Der Antrag, der von allen Fraktionsprechern (außer der 5-Sterne-Bewegung) unterschrieben wurde, wurde auf einstimmigen Wunsch des Fraktionsprecherkollegiums auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Antrag wurde mit 27 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. ■

Weg mit dem Zuschlag

Eine breite Mehrheit unterstützte die Forderung der Freiheitlichen, den Landeszuschlag auf die Einkommenssteuer so bald wie möglich abzuschaffen.

Dem Landtag lagen zwei Beschlussanträge zum regionalen Irpef-Zuschlag vor. **Andreas Pöder** (BürgerUnion) forderte eine Befreiung für Einkommen unter 35.000 Euro, aber eine Erhöhung für jene über 70.000 Euro. Pius Leitner (Freiheitliche) schlug dieselbe untere Einkommensgrenze vor, aber

ohne Erhöhung für die höheren Einkommen, außerdem und ehestmöglich die gänzliche Streichung des Zuschlags.

Die Grünen **Hans Heiss** und **Riccardo Dello Sbarba** plädierten für den Antrag der BürgerUnion, weil er sozial ausgewogener sei. Für den Antrag der Freiheitlichen und grundsätzlich gegen Steuererhöhungen sprachen sich **Eva Klotz** (STF), **Paul Köllensperger** (M5S) und **Alessandro Urzi** (Alto Adige nel cuore) aus. **Helmuth Renzler** (SVP) warnte vor einer Steuererhöhung für die höheren Einkommen, damit treffe man immer nur die Steuerzahler statt die Hinterzieher. Auch **Dieter Steger** sprach sich

gegen weitere Belastungen für den Mittelstand aus und verwies auf die Absicht der Landesregierung, einen allgemeinen Freibetrag von 20.000 zu gewähren.

Ein solcher Freibetrag für alle sei auch sozial ausgewogen, da er sich für niedrigere Einkommen stärker auswirke, erklärte Landeshauptmann **Arno Kompatscher**. Die Landesregierung habe aber noch weitere Entlastungen vor, um insgesamt 92 Mio. Euro.

Nachdem der Antrag der Freiheitlichen auf das grundsätzliche Bekenntnis zur ehestmöglichen Abschaffung des Zuschlags reduziert wurde, wurde er bei vier Enthaltungen angenommen. ■

Platz für Begegnung

Der Landtag stimmte einem Vorschlag der Grünen für sprachgruppenübergreifende Schulstrukturen zu.

Bei Neu- oder Umbau von Schulen sollte die Bildung von gemeinsamen Schulstrukturen für beide Sprachgruppen angestrebt werden, forderte **Brigitte Foppa** (Grüne). Der Kontakt zur anderen Sprachgruppe sei eine wichtige Motivation, die andere Sprache zu erlernen. Man solle in den Antrag nicht zu viel hineininterpretieren, warnte Foppa, es gehe nur um eine bauliche Erleichterung für den Kontakt zwischen den Sprachgruppen. Es wäre aber auch ein deutliches Zeichen nach außen.

Kritische Stimmen kamen von **Sven Knoll** und **Eva Klotz** (Süd-Tiroler Freiheit) sowie **Pius Leitner** (Freiheitliche). Gemeinsame Strukturen seien nicht überall sinnvoll und machbar, meinte Knoll, und Klotz sah eine echte Lösung nur in einem besseren Zweitsprachenunterricht. Wie Knoll hegte auch Leitner den

Nebeneinander: Galilei- und Kunterschule (re.) in Bozen



Foto: Seehauser

Verdacht, die Grünen zielten mit ihrem Antrag eigentlich auf eine gemischtsprachige Schule ab.

Andere Abgeordnete, von der Mehrheit wie von der Opposition, sahen die geforderte Maßnahme hingegen als Schritt in die richtige Richtung. Gemeinsame Strukturen, aber auch die räumliche Nähe zweier Schulen könnten den Kontakt fördern, meinte **Dieter Steger** (SVP), seine Fraktionskolleginnen **Veronika Stirner Brantsch** und **Magdalena Amhof** wie auch **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) berichteten von gelungenen Beispielen. **Paul Köllensperger** (5 Sterne Bewegung) sah kein Argu-

ment, das dagegen spräche, und laut **Elena Artioli** (Team Autonomie) könne man mit gemeinsamen Strukturen auch dem Neid vorbeugen, den es gegenüber den gut ausgestatteten deutschen Schulen gebe.

Auch die beiden Landesräte **Philipp Achammer** und **Christian Tommasini** sahen im Antrag einen positiven Ansatz. Um die Zweitsprachenkenntnis grundlegend zu verbessern, brauche Südtirol die primäre Zuständigkeit für die Schule, und diese werde man anstreben. Der Antrag wurde schließlich mit nur einer Enthaltung genehmigt. ■

Spitzensportler im Landesdienst

Antrag der Süd-Tiroler
Freiheit gegen
„Zwang zur Italianità“

Die Süd-Tiroler Freiheit forderte die Übernahme der Südtiroler Spitzensportler in den Landesdienst. Der Landtag solle deren Instrumentalisierung für italo-nationalistische Zwecke verurteilen. Südtirols Spitzensportler, die im Dienst der Polizei- oder Militärkräfte seien, würden oft zu einem Bekenntnis zu Italien gezwungen, das sei für sie erniedrigend, meinten **Sven Knoll** und **Eva Klotz**.

Alessandro Urzi (Alto Adige nel cuore) sah im Antrag eine Unterstellung gegenüber den Streitkräften, während **Brigitte Foppa** und **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) sowie **Elena Artioli** (Team Autonomie) und **Florian Mussner** (SVP) keine Gefahr für die Identität der Südtiroler Sportler sahen.

Den Athleten gehe es vor allem um ihren sportlichen Erfolg, meinten auch **Pius Leitner** und **Ulli Mair** (Freiheitliche), allerdings würden sie oft für Polemiken missbraucht; beide plädierten für eine eigene Südtiroler Mannschaft, die auch

für das Land eine bessere Werbung sein könnte.

Landeshauptmann **Arno Kompatscher** warnte davor, die Südtiroler Sportler jetzt in eine Identitätsdebatte zu verwickeln und kündigte wie **Dieter Steger** (SVP) an, dass man bei den Autonomieverhandlungen mit Rom auch über dieses Thema reden werde.

Der Antrag wurde mit 9 Ja und 22 Nein abgelehnt. Die Anregung Dello Sbarbas, die Spitzensportler nach ihrer Rückkehr zu einer Feier in den Landtag einzuladen, nahm Landtagspräsident **Thomas Widmann** dankend auf. ■

Kein Importmüll für Bozen

Die Grünen forderten eine Bekräftigung des Einfuhrverbots für Müll aus der Nachbarprovinz.

Nachdem das Trentino angeboten hat, Müll für den neuen Bozner Verbrennungs-ofen anzuliefern, auch um diesen rentabler zu machen, forderten die Grünen eine Bestätigung des Mülleinfuhrverbots, das vom einschlägigen Landesgesetz bereits vorgegeben ist. Der Landtag solle nun mit seiner Stimme bekräftigen, dass er das Gesetz nicht ändern und am Verbot festhalten wolle, erklärte **Riccardo Dello Sbarba**.

In der Debatte zum Antrag ließ sich ein grundsätzlicher Konsens zu einem Einfuhrverbot erkennen. Voll und ganz hinter den Antrag stellte sich **Elena Artioli** (Team Autonomie), die wie **Alessandro Urzi** (Alto Adige nel cuore) das neue Bozner Müllsammelsystem für gescheitert erklärte – der gesammelte Müll sei von schlechter Qualität, was sich auf den Betrieb des Ofens auswirke. Während Bozen sich bemüht habe, den Müll zu verringern, habe



Verbrennungsanlage in Bozen:
kein Müll aus dem Trentino

das Land einen zu großen Ofen gebaut, erklärte hingegen **Brigitte Foppa** (Grüne), die für ein gänzlich neues Müllbewirtschaftungssystem plädierte. **Paul Köllensperger** (5 Sterne Bewegung) schlug vor, auch die sog. sekundären Feststoffe in das Verbot aufzunehmen, die laut Gesetz nicht als Müll zählten.

Für eine weniger prinzipielle Sicht der Dinge plädierten **Walter Blaas** (Freiheitliche) und **Eva Klotz** (Südtiroler Freiheit): Der Ofen sei zu groß geraten und erreiche nicht die ideale Betriebstemperatur, so-

dass Schadstoffe austreten könnten. Man sollte gemeinsam mit dem Trentino an einer für alle tragbaren Lösung arbeiten. Dem schloss sich auch **Oswald Schiefer** an, im Gegenzug könnte man etwa den Biomüll im Trentino ablagern.

Landesrat **Richard Theiner** bezeichnete den Beschlussantrag als erübrigt. Er habe dem Trentiner Landeshauptmann bereits mit Verweis auf das Landesgesetz eine abschlägige Antwort erteilt.

Der Antrag wurde schließlich vom Landtag abgelehnt. ■

Ausschüsse unter neuer Führung

Konstituierende Sitzung der vier Gesetzgebungsausschüsse und des Sonderausschusses für Autonomiefragen.

Landtagspräsident Thomas Widmann hat Mitte Februar die konstituierenden Sitzungen der vier Gesetzgebungsausschüsse und des Sonderausschusses für Autonomiefragen eröffnet. Diese haben ihre Vorsitzenden, deren Stellvertreter und die Schriftführer gewählt.

Der **I. Gesetzgebungsausschuss** (Institutionelle Angelegenheiten, Unterricht, Kultur, Sport, Entwicklungszusammenarbeit, internationale Beziehungen und Beziehungen des Landes zur EU, Kommunikationswesen) hat **Magdalena Amhof** (SVP) zu seiner Vorsitzenden gewählt, Veronika Stirner Brantsch (SVP) zu ihrer Stellvertreterin und Christian Tschurtschenthaler (SVP) zum Schriftführer.

Vorsitzender des **II. Gesetzge-**

Präsident Widmann eröffnet die konstituierende Sitzung des II. Gesetzgebungsausschusses.



bungsausschusses (Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz, Raumordnung, öffentliche Gewässer und Energie) wurde **Albert Wurzer** (SVP), Riccardo Dello Sbarba (Grüne) Stellvertreter und Sigmar Stocker (Freiheitliche) Schriftführer.

Vorsitzender des **III. Gesetzgebungsausschusses** (Finanzen und Vermögen, öffentliche Arbeiten, Industrie, Handel, Handwerk, Fremdenverkehr, Wirtschaftsprogrammierung, wissenschaftliche und technologische Forschung, Koordinierung der öffentlichen Finanzen und des Steuersystems) ist **Christian Tschurtschenthaler** (SVP), sein Stellvertreter wurde Roland

Tinkhauser (Freiheitliche), Schriftführerin Elena Artioli (Team Autonomie).

Oswald Schiefer (SVP) ist der Vorsitzende des **IV. Gesetzgebungsausschusses** (Arbeit und Berufe, Wohnbau, öffentliche Fürsorge, Gesundheitswesen, Ernährung, ehrenamtliche Tätigkeit, Transportwesen), zum Stellvertreter wurde Walter Blaas (Freiheitliche) gewählt, zur Schriftführerin Magdalena Amhof.

Dem **Sonderausschuss** für Autonomiefragen steht **Dieter Steger** (SVP) vor, Stellvertreterin wurde Elena Artioli (Team Autonomie), Schriftführer Andreas Pöder. ■

Zeller und Bizzo unter den Zwölf

Der Landtag hat seine Vertreter in den Autonomiekommissionen nominiert. Weitere Gremien besetzt.

Mit 18 Stimmen hat der Landtag Karl Zeller und Roberto Bizzo als Vertreter in der Sechser- und Zwölferkommission namhaft gemacht. Thomas Benedikter, vorgeschlagen von **Paul Köllensperger** (M5S) und Francesco Palermo, vorgeschlagen von **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) fanden hingegen nicht die nötige Mehrheit.

Dello Sbarba bezeichnete die Bestätigung Zellers, der von **Dieter Steger** (SVP) vorgeschlagen wurde, als

Ausdruck der Machterhaltung, und auch **Pius Leitner** (Freiheitliche) sah den Vorschlag als eindeutig SVP-lastig. **Eva Klotz** (STF) sah in der Nominierung Bizzos ein Trostpflaster für den entgangenen Sitz in der Landesregierung, während **Sven Knoll** ihm eine versuchte Beschneidung des Landtagsbudgets in seiner Zeit als Finanzlandesrat vorwarf. **Brigitte Foppa** (Grüne) kritisierte, dass ausschließlich Männer in dieses Gremium entsendet werden, **Alessandro Urzi** (Alto Adige nel cuore) und **Andreas Pöder** (BürgerUnion) bezweifelten den Sinn der Kommission an sich: Hier werde über Südtirols Autonomie hinter verschlossenen Türen beraten.

Der Landtag hat auch Vertreter

für weitere Gremien benannt. So bilden Urzi, Bizzo, **Arno Kompatscher** und Steger die paritätische Haushaltskommission, die bei strittigen Fragen zwischen den Sprachgruppen schlichtet. **Maria Hochgruber Kuenzer**, Steger, Leitner, Knoll, **Elena Artioli** und **Florian Mussner** wurden in die interregionale Kommission für den Dreierlandtag entsandt, Friedrich Mairhofer, Josef Auer und Renate König in den Aufsichtsrat des Wohnbauinstituts und Norma Anna Waldner und Martin Oberhammer in das Rechnungsprüferkollegium der Rundfunkanstalt RAS. Als Mitglieder des Landesbeirats für Chancengleichheit wurden Roberta Mattei, Laura Larentis ed Evelyn Gruber Fischnaller benannt. ■



Widmann mit Bischof Muser

Politikfreier Sonntag

Antrittsbesuch von Präsident Widmann bei Bischof Ivo Muser

Bei einem Gespräch zwischen Landtagspräsident Thomas Widmann und Diözesanbischof Ivo Muser wurden die verschiedenen, aber oft auch gemeinsamen Aufgaben von Kirche und Politik beleuchtet. Über eine anzustrebende Gemein-

samkeit waren sich Bischof und Landtagspräsident einig: die Heiligung des Sonntags auch in der Politik. „Vom anthropologischen, gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen wie auch vom religiösen Standpunkt aus macht ein freier Tag pro Woche einfach Sinn und tut gerade in dieser schnelllebigen Zeit gut“, resümiert Widmann. ■

Abgeordnete fragen - Landesräte antworten

„Maukorberlass“

Der Sanitätsbetrieb untersagt es seinen Bediensteten, mit kritischen Äußerungen zum Betrieb an die Öffentlichkeit zu gehen. **Andreas Pöder** und **Pius Leitner** baten um Stellungnahme.

Der Sanitätsbetrieb müsse wie jeder andere Betrieb auf die Loyalität seiner Mitarbeiter zählen können, erklärte LR **Martha Stocker**. Das Rundschreiben sei nicht unbedingt passend formuliert, in weiten Teilen aber nachvollziehbar.

Zweitsprache

Die Einschreibungen in die italienischen Kindergärten in Meran und Bozen seien stark rückläufig, berichtete **Alessandro Urzi** und brachte dies mit dem mangelhaften Zweitsprachenangebot im italienischen Schulsystem in Verbindung.

Es gebe wohl einen Rückgang bei den Einschreibungen für die verkürzte Betreuungszeit, aber einen leichten Zuwachs bei der verlängerten Betreuung, antwortete LR **Christian Tommasini**. Man bemühe sich um den Ausbau der Zweitsprachenangebote, aber die Wahl bei der Einschreibung sei frei.

Patientenmobilität

Für die EU-Richtlinie zur freien medizinischen Versorgung in ganz Europa fehle in Italien noch die Durch-

führungsverordnung, bemerkten **Sven Knoll** und **Pius Leitner** und fragten nach der Möglichkeit einer Zusammenarbeit im Gesamttiroler Gesundheitssystem.

Innerhalb 4. März sollte die Durchführungsverordnung da sein, antwortete LR **Martha Stocker**. Sie hoffe, dass eine Zusammenarbeit mit Tirol mit der neuen EU-Richtlinie leichter möglich sein werde.

Durchsagen im Zug

Die Zugpendler würden von Trenitalia dauernd mit Durchsagen berieselt, zur rechtlichen Position der Zugführer und zur Ticketpflicht, aber nur einsprachig, kritisierte **Hans Heiss** und fragte, ob man Trenitalia nicht zur Abstellung solchen „Wortmülls“ überreden könnte.

LR **Florian Mussner** bestätigte den Vorfall, die Durchsage sei im Rahmen einer italienweiten Kampagne und deswegen einsprachig erfolgt. Nun würden alle Ansagen auch auf Deutsch erfolgen.

Kindergartengebühren

Elena Artioli verwies auf die Steigung der Kindergartengebühren, vor allem für Familien mit zwei Einkommen, und fragte nach dem Berechnungssystem.

Mit Jahresbeginn seien neue Tarife eingeführt worden, zwischen 7 und 17 Euro pro Tag, je nach Einkommen, antwortete LR **Waltraud Deeg**. Für das Familiengeld von 200

Euro gelte die Einkommensgrenze von 80.000 Euro.

Flughafen rentabel?

LH Kompatscher habe im Wahlkampf eine Rentabilitätsprüfung für den Flughafen versprochen, doch bereits im Jänner habe die Landesregierung 20 Mio. für den Ausbau bereit gestellt, kritisierte **Paul Köllensperger** und fragte, ob der Landeshauptmann die Absicht habe, den Beschluss zurückzuziehen.

Es bestehe nicht die Absicht, den Beschluss der früheren Landesregierung zurückzuziehen, erklärte LH **Arno Kompatscher**. Aber man wolle nun eine breite Debatte darüber führen, ob und wie der Flughafen weiter geführt werden soll. Er sei überzeugt, dass der Flughafen Sinn mache, wenn man das gesamte Umfeld berücksichtige.

BBT-Studie

Die Studie zu den Auswirkungen des Brennerbasistunnels auf Gesundheit und Umwelt sei bisher noch nie veröffentlicht worden, berichtete **Oswald Schiefer** und fragte, ob und wann die Studie veröffentlicht wird.

Die Studie, die übrigens nicht die Zulaufstrecken betreffe, gehöre der Uni Innsbruck, nicht der Landesregierung, antwortete LH **Arno Kompatscher**, sie. Er befürworte aber deren Veröffentlichung. ■